

Peter Barker

Sorbische Interessen, die DDR und der Kalte Krieg (1945–1971)*

Das Kriegsende 1945 stellte für die sorbische Minderheit in Deutschland einen nachhaltigen Wendepunkt in ihrem Verhältnis zur deutschen Mehrheit dar; die am Ende des Krieges entstandenen sozialen, ökonomischen und materiellen Verwerfungen waren in der Lausitz besonders deutlich zu spüren. Von dort nahm seit Mitte April die letzte große Schlacht um Berlin ihren Ausgang, die vor allem zu heftigen Kämpfen um Städte wie Bautzen, Cottbus und Hoyerswerda führte. Nach der Feuereinstellung war dieses Gebiet direkt von den Abmachungen der Siegermächte betroffen. Der Ostteil von Görlitz wurde unter polnische Verwaltung gestellt, während Städte wie Zittau, Görlitz, Forst und Guben zu Grenzstädten wurden, die ihr Hinterland an Polen verloren. Obwohl fast alle Brücken über die Neiße zerstört waren, gelangten die aus diesen Gebieten stammenden Deutschen über den Grenzfluss in die Städte, in denen sie sich während der nächsten Monate aufhielten. Diese Orte litten unter einem großen Versorgungschaos. Viele Menschen fielen auch der Willkür und der Zerstörung durch sowjetische Truppen zum Opfer. Die Bewohner der Lausitz mussten daher sowohl schlimme materielle Schäden als auch schweres menschliches Leid ertragen, und zwar in Form verbreiteter Vergewaltigungen, Exekutionen und willkürlicher Misshandlungen durch die Besatzungsmacht. Die Sorben wurden trotz ihrer slawischen Zugehörigkeit meist in ähnlicher Weise behandelt wie die deutsche Bevölkerung.

In der ersten Nachkriegszeit war diese Region durch die neuen Grenzziehungen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Ihre unmittelbare Nähe zu Polen und zur Tschechoslowakei zwang sie dazu, mit den gewaltigen Flüchtlingsströmen bereits zur Zeit der „wilden“ Vertreibungen fertig zu werden, noch bevor die Potsdamer Konferenz ein Programm zur planmäßigen Ausweisung beschloss. Ein Landstrich von etwa 200 Kilometern östlich von Oder und Neiße war eines der ersten Gebiete nach der Waffenruhe, aus denen man die Deutschen vertrieb. In der ersten Phase wurden über 300 000 Deutsche aus Schlesien ausgewiesen. Die Vertreibungen wurden nach dem Ende der Potsdamer Konferenz im August fortgeführt, noch bevor der Plan der „organisierten“ Ausweisungen unter der Oberaufsicht des Kontrollausschusses am 17. Oktober unterzeichnet war.¹

„Wilde“ Vertreibungen fanden im Mai und Juni 1945 auch im Sudetenland statt. Nach einer Erhebung vom Oktober 1946 nahm die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) 40 % aller Flüchtlinge und Vertriebenen auf. Bis 1948 machte die Anzahl der „Um-

* Dieser Artikel entstand aus Arbeitspapieren, die ich in Workshops zwischen 2004 und 2008 als Teil eines durch die British Academy gesponserten Forschungsprojekts präsentiert habe. Es trug den Titel „Ethnische Politik und der Kalte Krieg (1945–1970)“ und wurde geleitet von Dr. Robert Knight von der Universität von Loughborough. – Ich möchte mich besonders bei Dr. Ludwig Elle vom Sorbischen Institut in Bautzen für seine Hilfe bei der Beschaffung von Material für Teile dieses Beitrags bedanken.

¹ Philipp Ther, *Expellee Policy in the Soviet Zone and the GDR*, in: David Rock und Stefan Wolff (Hrsg.), *Coming Home to Germany? The Integration of Ethnic Germans from Central and Eastern Europe in the Federal Republic*, New York und Oxford 2002, S. 58.

siedler“, so der offizielle Terminus für die Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ nach Errichtung der „Zentralen Verwaltung für Umsiedler“ im September 1945, fast ein Viertel (24,2 %) der dortigen Bevölkerung aus. Dieser dramatische Wandel in der demografischen Struktur hatte eine beträchtliche Auswirkung auf die zweisprachigen Ortschaften der Nieder- und Oberlausitz. Im Zeitraum von Oktober 1945 bis März 1946 war Sachsen nicht als Aufnahme- und Umsiedlungsregion für vertriebene Deutsche vorgesehen, sondern nur als Transitland zu anderen Verwaltungsgebieten, etwa nach Brandenburg und Mecklenburg. Doch die Situation konnte nicht durch rein administrative Maßnahmen reguliert werden, sodass es vielen Flüchtlingen gelang, sich in sächsischen Dörfern anzusiedeln. Gegen Ende 1946 waren 17 % der Bevölkerung Flüchtlinge, was dennoch weit unter dem Prozentsatz von 43,4 % etwa in Mecklenburg lag.² Nur Dörfer und Kleinstädte waren angewiesen, eine Anzahl an Flüchtlingen und Vertriebenen aufzunehmen, weil der Bedarf an Arbeitern auf dem Lande am größten war. Mehr als die Hälfte aller Neusiedler in der Sowjetzone wurden in ländlichen Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern untergebracht. Im März 1946 änderte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) ihr Dekret und bestimmte Sachsen zum Siedlungsgebiet für deportierte Deutsche. Die Mehrzahl der zweisprachigen Dörfer befand sich in Sachsen, sie waren durch diese Bestimmung besonders hart betroffen. Im Jahr 1946 erstellte die 1912 gegründete kulturelle Dachorganisation der Sorben Domowina mit Sitz in Bautzen eine Reihe von Statistiken für das sorbische Territorium. Aus diesen Quellen geht hervor, dass die in den Dörfern des sorbischen Sprachraums angesiedelten Flüchtlinge oft mehr als 20 % der Bevölkerung ausmachten; in einigen Dörfern hatten sie sogar mehr als 50 % erreicht.³ Der damalige Vorsitzende der Domowina, Pawoł Nedo, hatte schon 1945 vor den ernsten wirtschaftlichen und kulturellen Folgen für das zweisprachige Gebiet gewarnt: Nach seiner Ansicht würde sich der Prozess der Germanisierung, der in einigen Landstrichen bereits weit fortgeschritten war, durch diesen demografischen Wandel noch beschleunigen.⁴

Die Sorbenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone wurde auch von der internationalen politischen Konstellation beeinflusst. So führten spezifische Spannungsmomente in Deutschland wie auch innerhalb des Ostblocks zu negativen Auswirkungen auf die sorbischen Institutionen und ihre Führung. Schließlich waren die Sorben eine slawische Minderheit, umgeben von einem deutschen Territorium unter sowjetischer Kontrolle. Ihre Funktionäre waren hin- und hergerissen zwischen der Wahl einer internationalen Lösung der sorbischen Frage durch die Außenministerkonferenzen der Siegermächte von 1945 bis 1947 einerseits und einem Arrangement mit den sich in der Sowjetzone entfaltenden ostdeutschen Machtstrukturen andererseits. Die Sowjetunion, in bestimmtem Maße auch die Ende April 1946 gebildete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), betrachtete ihre Politik gegenüber der sorbischen Minderheit als ein positives Modell des Umgangs mit ethnischen Minoritäten, das man dem Westen entgegensetzte. Doch dies war in der Frühphase noch nicht so deutlich erkennbar.

² Ebenda, S. 60.

³ „Sorbenstatistik 1946“, zusammengestellt durch die Domowina, in: Sorbisches Kulturarchiv (SKA) im Sorbischen Institut Bautzen, MS/XVII/3.

⁴ Memorandum von Paul Nedo über die deutsch-sorbischen Beziehungen, in: Nachlass von Mikławš Krječmar, SKA ZM XXIII/26 E. Zu einer detaillierten Darstellung des Lebens von Nedo siehe Annett Bresan, Pawoł Nedo 1908–1984. Ein biografischer Beitrag zur sorbischen Geschichte (= Schriften des Sorbischen Instituts; 32), Bautzen 2002.

Für die staatliche Sorbenpolitik war es nicht gerade hilfreich, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit Konflikte bestanden zwischen den sorbischen Funktionären im Sorbischen Nationalausschuss (Łužisko-serbski narodny wuběrŕk) mit Sitz in Prag einerseits, die auf eine politische Trennung von Deutschland drängten, und der Domowina andererseits, die sich bis zum Sommer 1946 trotz vieler Vorbehalte auf eine Kooperation mit der SED hinbewegt hatte.⁵ Paul Nedo, der in den 30er-Jahren bis zum Verbot von 1937 an der Spitze der Domowina stand, nahm diese Position 1945 wieder ein. Er ist das prominenteste Beispiel für den Zwiespalt eines sorbischen Funktionärs zwischen staatlicher und nationaler Politik. Er war als Schullehrer in den 30er-Jahren einigen NSDAP-Organisationen und 1945 der Kommunistischen Partei (KPD) beigetreten, was ihm den offenen Vorwurf des Opportunismus zugunsten seiner Volksgruppe einbrachte. Die Domowina war die Hauptvertreterin der Sorben in Deutschland, während der Nationalausschuss in Prag den internationalen Weg einer Lösung der sorbischen Frage befürwortete. Beide Organisationen schufen eine gemeinsame Plattform, den Sorbischen Nationalrat (Łužisko-serbska narodna rada). Im September 1945 waren beide Organisationen bemüht, von anderen slawischen Staaten Unterstützung zu erlangen. Die Domowina hatte negativ darauf reagiert, dass ihr die sowjetische Verwaltung den Status einer politischen Organisation zunächst verweigerte und verfolgte daraufhin bis März 1946 eine von der KPD unabhängige Richtung. Sie war daher bereit, die Bemühungen des Nationalausschusses auf internationaler Ebene zu unterstützen. Doch im Herbst 1946 hatte die Domowina der Vereinigung von kommunistischer und sozialdemokratischer Partei zugestimmt und eingewilligt, Kandidaten für die örtlichen und nationalen Wahlen auf eine gemeinsame Liste zu setzen. Diese Entscheidung beendete den Versuch der Domowina, eine unabhängige politische Rolle in Deutschland zu spielen, sie führte zur Anerkennung der SED als der führenden politischen Kraft in der Sowjetzone. Aus dieser Akzeptanz der politischen Realität resultierte unvermeidlich eine Entfremdung der Sorben von ihren Bindungen an die Christdemokraten (CDU) und die Liberalen (LDPD), deren Bestrebungen auf den Nationalausschuss in Prag gerichtet waren.

Im Oktober 1946 wurde die Spaltung zwischen der Domowina und dem Nationalausschuss durch die Gründung des Slawischen Komitees in Bautzen offenkundig. Die Mitglieder des Nationalausschusses wurden ausgeschlossen, doch sie fuhren noch am 4. Dezember zur ersten Allslawischen Konferenz nach Belgrad. Mitglieder der Domowina reisten am 13. Dezember als offizielle Delegation an, aber die Ankunft von zwei sorbischen Gruppen machte den anderen slawischen Ländern deutlich, dass die Bewegung gespalten war. Nichtsdestoweniger willigte der jugoslawische Präsident Tito ein, die sorbischen Interessen bei der nächsten Außenministerkonferenz zu vertreten.

Die Differenzen zwischen den beiden Lagern setzten sich bei den Vorbereitungen zur Außenministerkonferenz im Januar 1947 in London fort, obwohl beide Seiten versuchten trotz unterschiedlicher Standpunkte zusammenzuarbeiten. Die Führungsspitze der Domowina war stärker auf die SED in der Sowjetzone angewiesen, während die Prager Gruppierung von diesen internen Zwängen unbeeinflusst war und sich auf die internationale Perspektive orientiert hatte. Da es keine Übereinstimmung mit der sächsischen und der brandenburgischen Regierung bezüglich eines Verfassungsartikels zum Schutz sorbischer Interessen gab, änderte die Domowina im Februar ihre Strategie.

⁵ Siehe insbesondere Peter Schurmann, *Die sorbische Bewegung 1945–1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung* (= Schriften des Sorbischen Instituts; 18), Bautzen 1998.

Auch die destruktiven Haltungen aller politischen Parteien, einschließlich der SED und der sowjetischen Verwaltung, hinsichtlich der Sorbenfrage führten dazu, dass sich die Domowina auf der März-Konferenz in Moskau erneut mit einer Denkschrift an die Alliierten wandte und ihre Kooperation mit der SED einschränkte. Im Wesentlichen schlug dies fehl, da die sorbische Frage trotz der Unterstützung durch die jugoslawische Delegation in Moskau nicht diskutiert wurde. Der Nationalausschuss unterbreitete ein Memorandum mit noch radikaleren Forderungen. Die Position Nedos lieferte wiederum ein klassisches Beispiel für den Zwiespalt von Volksgruppenvertretern zwischen staatlicher und nationaler Politik.

Nach der Moskauer Konferenz wuchsen die Feindseligkeiten zwischen der Domowina und dem Nationalausschuss. Nedo beschrieb Letzteren als reaktionär, weil dieser sich weigerte, mit irgendwelchen politischen Kräften in Deutschland zusammenzuarbeiten und weil er die Ausweisung der Vertriebenen aus dem sorbischen Territorium forderte. Die Spaltung wurde durch objektive Ursachen und durch äußere politische Kräfte entschieden: Die beiden führenden Sorben in Prag, Pfarrer Jan Cyž und Rechtsanwalt Jurij Cyž, starben 1947. Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten in Prag im Februar 1948 wurde das Büro des Nationalausschusses aufgelöst. Damit hörte die Organisation, die die Ängste der sorbischen Bauern vor den politischen Entwicklungen in der Sowjetzone aussprach – besonders in Richtung einer Kollektivierung und der Haltung zu den Kirchen –, auf zu existieren. Schließlich wurde ein großer Teil der Sorben der politischen Entwicklung im östlichen Deutschland entfremdet.

Von der zweiten Hälfte des Jahres 1947 bis 1948 konnte die Domowina die Früchte ihrer Politik ernten, nämlich Druck auf die SED und die sowjetische Führung auszuüben. Im Mai 1947 erhielt sie von der sowjetischen Verwaltung die Erlaubnis, eine sorbische Druckerei einzurichten. erste Schritte zur Begründung eines Sorbengesetzes wurden eingeleitet. Im Oktober 1947 wurde die Domowina als einzige Vertreterin sorbischer Interessen anerkannt und damit bevollmächtigt, die Abfassung des Sächsischen Sorbengesetzes zu begleiten, obwohl nicht alle ihre Forderungen berücksichtigt wurden. Ende November gewährte man ihr ein Treffen mit der SED-Führung, einschließlich der gemeinsamen Vorsitzenden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck. Einige ihrer Wünsche, so die Schaffung einer Verwaltungseinheit Ober- und Niederlausitz, wurden zurückgewiesen. Die SED verweigerte den Sorben auch die Anerkennung als Volk; stattdessen stellte man sie dar als ein „Volksteil“, weil sie nicht die Bedingung der ökonomischen Unabhängigkeit nach der stalinschen Definition erfüllten. Auf dem Treffen wurde ihnen jedoch Unterstützung für die sorbischen kulturellen Interessen zugesagt. Im März 1948 gewährte das Sächsische Sorbengesetz der Minderheit schließlich eine Reihe von Rechten, etwa zur Gründung von zweisprachigen Schulen sowie die Erlaubnis zum Gebrauch der sorbischen Sprache in der örtlichen Verwaltung.

In der Niederlausitz, wo die Germanisierung viel weiter fortgeschritten war, gab es eine völlig andere Situation. Die SED, besonders ihr Vorsitzender in Brandenburg Friedrich Ebert, der Sohn des ersten Präsidenten der Weimarer Republik, zeigte keinerlei Interesse an der Unterstützung sorbischer kultureller Interessen. Erst 1949 wurden SED-Funktionäre auf Druck der sowjetischen Behörden und der SED-Führung in Berlin gezwungen, Maßnahmen zur Unterstützung der sorbischen Kultur in der Niederlausitz zu ergreifen.

Trotz der engen Beziehungen der sorbischen Führung und der Institutionen in Bautzen zu Polen und der Tschechoslowakei hatten diese beiden Länder nach 1945 ihre eigenen politischen und territorialen Angelegenheiten zu lösen, was den rapiden Rückgang ihrer Unterstützung für die sorbischen Interessen erklärt. Die jugoslawische Mili-

tärmission in Berlin jedoch verfolgte nach 1945 die sorbischen Aktivitäten mit Aufmerksamkeit. Ihr Vertreter sprach im August 1946 vor dem ersten Nachkriegstreffen der sorbischen Studenten, der Schadžowanka. Der Chef der Mission, General Avšić, startete eine Aktion, um sorbische Arbeitsbrigaden zu ermuntern, nach Jugoslawien zu kommen. Sie sollten sich an speziellen Projekten beteiligen, etwa am Bau der Eisenbahnlinie zwischen Brčko und Banovići. Die erste Brigade unter Leitung von Jan Nalij verließ Bautzen im Oktober 1946, um am Weltjugendkongress in Belgrad und dem Studentenweltkongress in Zagreb teilzunehmen. Für ihren Beitrag zum Arbeitsprojekt wurde sie mit mehreren Medaillen und Preisen ausgezeichnet, weitere Besuche waren geplant. Diese fanden im Sommer 1947 statt, als sich die sorbischen Jugendgruppen auch an politischen Aktivitäten beteiligten.

Sorbische Brigaden wurden zusammen mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ), der Jugendorganisation der SED, für das nächste Projekt im Jahr 1948 eingeladen. Die sorbische Jugendorganisation *Serbska mlodžina*, angeführt von Jurij Bržzan, war noch selbstständig und kein Mitglied der internationalen kommunistischen Jugendbewegung, des Weltbunds der Demokratischen Jugend (WBDJ). Eine Gruppe junger Leute, die in der *Serbska mlodžina* organisiert waren, ging im Juni 1948 nach Jugoslawien, um am Bau der Eisenbahnlinie von Zagreb nach Belgrad mitzuarbeiten, und gewann den Preis der besten ausländischen Brigade. Doch die Gruppe wurde von den Jugoslawen kritisiert, weil sie sich zu stark auf die sorbische Frage konzentrierte und nicht genügend Klassenbewusstsein zeigte.⁶

Während sich die Gruppe auf dem Balkan aufhielt, veränderte sich die Situation in Berlin infolge der wachsenden Konfrontation zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien sowie den Westmächten. Neben dem Versuch der Sowjetunion, West-Berlin ökonomisch zu isolieren, hatte die Währungsreform die größte Auswirkung auf die sorbische Brigade, weil diese durch die Westmark und die darauf folgende Ostmark ohne finanzielle Mittel war. Um nach Hause zu gelangen, war die Brigade auf die jugoslawischen Behörden angewiesen. Doch der Kominform-Beschluss vom 28. Juni 1948 beschuldigte Jugoslawien einer antisowjetischen Haltung und bourgeoiser nationalistischer Positionen sowie des Verrats an der internationalen Arbeiterklasse. Diese Resolution war der Höhepunkt in einer Reihe von Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion, die von den meisten kommunistischen Parteien in den anderen Ostblockstaaten unterstützt wurden. Mitte 1949 folgte eine Welle der Anti-Tito-Hysterie in Osteuropa, die Blockade Jugoslawiens und viele Verhaftungen von Menschen einschließlich einer Anzahl von „titoistischer“ Aktivitäten beschuldigten Sorben.

Ein weiteres Opfer der Spannungen innerhalb des Ostblocks war die unabhängige sorbische Jugendorganisation. Im Dezember 1948 wurde sie genötigt, sich mit der FDJ zu vereinigen. Bis zum Sommer 1949 besaßen die sorbischen Mitglieder der FDJ zwar noch zweisprachige Mitgliedsausweise und durften ein Abzeichen mit den sorbischen Nationalfarben blau-rot-weiß und der Aufschrift „Lužica“ tragen, jedoch wurden diese Sonderrechte nun abgeschafft. Damit war die Einverleibung der sorbischen Jugend in die FDJ vollzogen. Während des Aufenthalts der ersten sorbischen Brigaden in Jugoslawien erwies sich das gastgebende Land als der einzige slawische Staat, der die sorbischen Forderungen nach politischer Autonomie unterstützte. Polen und die Tschechoslowakei hatten sich von jeglicher formalen Unterstützung der Sorben zurückgezogen.

⁶ Zu Einzelheiten der Besuche dieser Arbeitsbrigade in Jugoslawien siehe Piotr Pałys, *Die Arbeitsbrigaden der sorbischen Jugend*, in: *Lětopis*, 54 (2007) 2, S. 56–64; Jurij Grós, *Staatsangehörigkeit: Deutsch, Nationalität: Sorbe*, Schkeuditz 2004, S. 21–25.

Tito gab vor, ein Förderer sorbischer Interessen zu sein, doch in Wahrheit benutzte er die sorbische Frage für seine eigenen Zwecke im Kampf mit Moskau. Die Sowjetunion wandte sich von Anfang an gegen eine unabhängige Lausitz, da dies eine Beschneidung ihrer Einflussphäre zur Folge gehabt hätte. Sie übte Druck auf ihre Satelliten aus, die sorbischen Ansprüche nicht zu befürworten, und brachte ihre Verärgerung über Tito zum Ausdruck. Die sorbische Frage wurde von den Jugoslawen nur einmal vorgebracht, und zwar auf einem Treffen im Januar 1947 in Vorbereitung der März-Konferenz der alliierten Außenminister in Moskau. Die Sowjetunion blockierte jedoch jegliche Diskussion, weshalb das Thema auf den folgenden Treffen nicht mehr zur Sprache gebracht wurde.

Im Dezember 1947 hatte die Domowina Jugoslawien noch als ein „Land des Friedens und Fortschritts“ gepriesen;⁷ ab 1950 wurde Tito entsprechend den neuen politischen Richtlinien zum Verräter erklärt, des Personenkults und Militarismus bezichtigt. Dann folgten die Schauprozesse gegen den ungarischen Innenminister László Rajk und den bulgarischen Vizepremierminister Traitscho Kostow sowie die Verhaftung von Mitgliedern der Kominform. Als die sorbische Brigade 1948 wieder heimkehrte, erklärte sie, dass sie erst auf dem Rückweg aus Jugoslawien von der Kominform-Resolution in Prag gehört hätte. Als sie in Deutschland ankamen, gerieten die Mitglieder sofort unter politischen Druck und wurden im Januar 1950 gezwungen, ihre Medaillen „als Protest der sorbischen Jugend gegen die verbrecherische Politik der Tito-Clique“ zurückzugeben.⁸ Einige Teilnehmer wie der Leiter Jan Nalij wurden als Agenten Jugoslawiens beschuldigt und unter Anklage gestellt. Jurij Rjenč, der sorbische Vertreter in Belgrad, wurde 1951 des Verrats angeklagt und zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, wobei er eine weit kürzere Zeit inhaftiert war.⁹

In der Phase von Ende 1951 bis 1953 geriet die Domowina selbst unter besondere Aufsicht der SED, die ihren Höhepunkt erreichte in einer Untersuchung durch die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK). Der stellvertretende Minister für Staatssicherheit (MfS), Erich Mielke, hatte die regionalen Büros in Dresden und Cottbus angewiesen, die Aktivitäten der sorbischen Führung und der sorbischen Institutionen streng zu beobachten.¹⁰ Während einer Vernehmung am 3. August 1953 durch die ZPKK wurde der Vorsitzende der Domowina, Kurt Krjeńc, Nachfolger von Nedo seit Dezember 1950, über die Arbeit seiner Kollegen und über seine eigenen Aktivitäten befragt. Der Zweck der Ermittlungen schien die Suche nach Verbindungen von Mitgliedern der Domowina in die Tschechoslowakei zu sein, insbesondere zur Slánský-Gruppe, deren Vertreter in der Tschechoslowakei im November 1952 vor Gericht gestellt und als Zionisten und nationalistische Verräter angeklagt worden waren. Krjeńc erhielt wegen seiner Verbindungen zu früheren, gerade aus der Partei ausgeschlossenen SED-Mitgliedern eine strenge Rüge, aber auch deshalb, weil er dem Politbüro eine

⁷ Sitzung des Vorstands und des Ausschusses der Domowina vom 25. Februar 1947, S. 61–62, SKA.

⁸ Resolution der Mitglieder der sorbischen Arbeitsbrigaden 1946–1948, hrsg. auf einer Sitzung am 7. Januar 1950, SKA D II 7.7. C/II, S. 232.

⁹ Bericht der Domowina an Fred Oelßner, als Mitglied des Politbüros verantwortlich für sorbische Angelegenheiten, vom 1. November 1951, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY30 IV 2/13/377.

¹⁰ Memorandum von Mielke mit dem Titel „Nationalistische und titoistische Umtriebe unter den Sorben“. Direktive Nr. 4/51 vom 13. Dezember 1951. Der Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen (BStU), MfS GVS (Geheime Verschlussache) 42/51.

Landkarte unterbreitet hatte, mit der er nach Abschaffung der Länder im Jahr 1952 die Gründung eines Bezirks Lausitz vorschlug. Er wurde außerdem beschuldigt, für die Idee einer Sorbischen Kommunistischen Partei mit eigenen Mitgliedsbüchern in Sorbisch eingetreten zu sein, was er vehement zurückwies.¹¹ Tatsächlich war Krjeńc ein loyales SED-Mitglied und damit beauftragt, ein Auge auf sorbische nationalistische Aktivitäten zu werfen. Allerdings machen die Verdächtigungen gegenüber dem Vorsitzenden der Domowina auch deutlich, dass zu jener Zeit alle Sorben als potenzielle Gegner behandelt wurden, ob sie Kommunisten waren oder nicht. Man verdächtigte die „sorbischen Nationalisten“ nach dem Scheitern der Bemühungen um einen eigenen sorbischen Staat mit engen Verbindungen zu „reaktionären“ Kreisen in der Tschechoslowakei und in Polen; noch nach dem Führungswechsel in der Domowina beanstandete das MfS die Dominanz durch bourgeoise, nationalistische Vertreter in dem von Krjeńc geleiteten Bundesvorstand.¹² Obendrein beklagten die verantwortlichen Stellen die Unmöglichkeit, sich über alle Publikationen im Sorbischen einen Überblick zu verschaffen. Die zentrale Pressezensur in Berlin war nicht in der Lage, die Kontrolle auszuüben, sie war letztlich von der Domowina abhängig, der sie jedoch nicht völlig vertraute.¹³

Der Verdacht gegenüber sorbischen Funktionären und Institutionen, sie könnten in staatsfeindliche Aktivitäten verwickelt sein, war besonders akut nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953. Nach dem Verhör von Krjeńc im August des besagten Jahres setzte die ZPKK mittels der Geheimpolizei ihre Ermittlungen gegenüber sorbischen Institutionen mit weiteren Durchsuchungen der Domowina und des Instituts für sorbische Volksforschung fort. Man fand Kopien von Landkarten und Aktennotizen, die vom Sorbischen Nationalrat und der Domowina zwischen 1945 und 1947 erstellt worden waren, um die Kriegsverbündeten für den Kampf um Autonomie zu gewinnen. Die Kontrollkommission war besonders misstrauisch wegen des Memorandums, das der Nationalrat an die Konferenz der Vereinten Nationen in London geschickt hatte, weil es eine Landkarte der Lausitz enthielt, die sich jenseits der im Potsdamer Abkommen vereinbarten Oder-Neiße-Grenze erstreckte. In einem tags zuvor verfassten Brief an Hermann Matern, das für Parteidisziplin verantwortliche Mitglied des Politbüros, machte die Kommission deutlich, dass sie besonderen Verdacht hegte gegenüber dem Direktor des sorbischen Instituts, Pawoł Nowotny, dessen Kontakte zur polnischen Geheimpolizei ihr bekannt waren, sowie gegenüber der Führungsspitze der Domowina, der sie vorwarf, die sorbischen nationalen Interessen permanent über den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu stellen.¹⁴ Die Sorben sollten durch die Nationalitätenpolitik die Möglichkeit zur sozialen Gleichberechtigung erhalten, jedoch keine nationale und politische Gleichheit. Das Misstrauen setzte sich fort bis in die 50er-Jahre und mündete 1955/56 in eine operative Aktion durch das MfS mit Ermittlungen gegen drei führende Sorben wegen einer möglichen Verwicklung in antistaatliche Aktivitäten: gegen Nowotny, den Schriftsteller

¹¹ Siehe: Zur Untersuchung in der Angelegenheit Genosse Kurt Krenz, SAPMO-BArch, DY30 IV 2/4/268, S. 1–33.

¹² „Analyse über die Angelegenheit der Sorben – Domowina“, datiert vom 20. November 1956 und verfasst von der Kreisverwaltung des MfS in Bautzen, BStU, MfS BV Dresden, KD Bautzen 8007, S. 12.

¹³ Ebenda, S. 13.

¹⁴ Siehe die Briefe von Arthur Ullrich, dem Vorsitzenden des Büros der örtlichen Kontrollkommission in Bautzen, an Hermann Matern, der im Politbüro für internationale Sicherheit verantwortlich war, vom 21. September 1953 in SAPMO-BArch, DY30 IV 2/13/377, und vom 22. September 1953 in SAPMO-BArch, DY30 IV 2/13/379.

Jurij Brězan und den früheren Vorsitzenden der Domowina, Pawoł Nedo. Bei aller Kritik an ihrem Verhalten kam die Untersuchung zu dem Schluss, dass kein Verrat vorlag, weshalb die Überwachung 1956 beendet wurde.¹⁵

In der liberaleren Atmosphäre Osteuropas nach Chruschtschows Enthüllung zu Stalins „Verfehlungen“ auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1956 versuchte die Domowina, mit den Kirchen ins Gespräch zu kommen, um deren Ansicht von der „roten Domowina“ zu revidieren und die Auffassung in Frage zu stellen, dass allein die Kirche das sorbische Volk führen könne. Die Führungsspitze der Domowina erhielt zudem die Erlaubnis, Einladungen zum Besuch Westdeutschlands und zur Teilnahme am Kongress der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) in Österreich anzunehmen. Doch der Ungarnaufstand vom Oktober 1956 beendete diese liberale Periode in der DDR. In den späten 50er-Jahren kam es zur endgültigen Spaltung zwischen der Domowina und den Kirchen, zur Revision der Auffassung von der zweisprachigen Lausitz und zur intensiven Kollektivierung der Landwirtschaft, welche die sorbischen Bauern schwer traf.

Die repressiven Maßnahmen gegen Sorben, die sich den Beschränkungen der Nationalitätenpolitik der SED widersetzen, waren in den Zeiten ideologischer und politischer Spannungen in der DDR besonders spürbar. Die Phase von 1958 bis 1960, in der die SED das Tempo des ökonomischen und politischen Wandels beschleunigte und ihre Haltung zur Nationalitätenpolitik veränderte, brachte auch eine Erhöhung der Anzahl von Prozessen gegen einzelne Sorben. Ein Redakteur der sorbischen Zeitung „Nowa doba“, Hinc Šolta (Schulze), der seit 1956 unter Beobachtung der Geheimpolizei stand, wurde als Feind des Sozialismus in der DDR betrachtet und verdächtigt, seine Stellung zur Veröffentlichung von zwielichtigen Berichten zu missbrauchen. Er wurde angeklagt, enge Verbindungen zu polnischen und ungarischen Reformern zu unterhalten, ausländische Radiostationen abzuhören, kritisch gegenüber der sowjetischen Unterdrückung des Ungarnaufstands von 1956 eingestellt gewesen zu sein und eine kritische Haltung zur staatlichen Nationalitätenpolitik zu beziehen. Er wurde verhaftet, verhört und am 20. Oktober 1958 zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Šoltas Inhaftierung war letztlich jedoch eher einer generellen negativen Einstellung gegenüber den politischen Entwicklungen in der DDR geschuldet als der Tatsache, dass er Sorbe war.¹⁶

Im Falle von Pawoł Nalij hingegen, dem Bruder von Jan Nalij, spielte die sorbische Komponente eine höchst wichtige Rolle. Nalij war von der SED wegen seines Eintretens für einen separaten sorbischen Staat und wegen seines Studiums in Jugoslawien von 1948 bis 1950 mit Argwohn beobachtet worden. Er wurde zwar Abteilungsleiter bei der Domowina, dann aber aus der SED ausgeschlossen und zum Studium nach Leipzig geschickt. In den späten 1950ern zog er die Aufmerksamkeit des MfS auf sich, weil er sich öffentlich gegen die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Lausitz wandte. Er betrachtete die Zerschlagung der kleinen sorbischen Familienhöfe als Zeichen einer weiteren Schädigung der sorbischen sprachlichen Substanz durch die deutschen Behörden. Er kritisierte scharf den Bau des Energiekomplexes Schwarze Pumpe, weil er ihn als Teil einer SED-Kampagne betrachtete, die der Germanisierung Vorschub leisten wollte. Er wurde des Kontakts mit britischen und amerikanischen Geheimdiensten und mit dem amerikanischen Rundfunksender RIAS bezichtigt. Man behauptete, er wäre während des Krieges von der polnischen Exil-

¹⁵ Abschlussbericht vom 28. März 1956, BStU, MfS, ÜV/308, S. 79–80.

¹⁶ Siehe eine Reihe von Artikeln mit Auszügen aus Šoltas Stasi-Akten in „Serbske Nowiny“ vom 11. August bis 15. September 1998.

regierung in London angeworben worden. Schließlich wurde er am 14. Juli 1960 verhaftet und im April 1961 zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.¹⁷

Nach den politischen Turbulenzen um den Bau der Berliner Mauer im Sommer 1961 wurden die 60er-Jahre stabiler, obwohl die SED über die Auswirkungen des Prager Frühlings im Jahr 1968 auf die sorbische Intelligenz beunruhigt war. Zwischen 1969 und 1972 führte die Geheimpolizei aktiv Ermittlungen gegen führende sorbische Intellektuelle durch, darunter Dr. Jan Cyž, der frühere Landrat von Bautzen, und Dr. Pawol Nowotny, der Direktor des Instituts für sorbische Volksforschung. Die Funktionäre hatten beider negative Einstellung zum Einmarsch in die Tschechoslowakei durch die Warschauer-Pakt-Staaten und ihre engen Verbindungen zu tschechischen Intellektuellen erkannt. Doch sie konnten nicht nachweisen, dass sich am Institut eine dem Staat feindlich gesinnte Gruppe gebildet hatte, und so wurde die Aktion aufgehoben.¹⁸

Diese Beispiele vom Auf und Ab des Kalten Krieges veranschaulichen, dass die Beziehungen zwischen den Supermächten und die Spannungen innerhalb des Ostblocks nachweislich Einfluss sowohl auf die Herausbildung und Gestaltung der Nationalitätenpolitik als auch auf die Lebenswege einzelner sorbischer Repräsentanten hatten. Dies setzte sich noch nach 1970 abgeschwächt fort, besonders im Verhältnis zu Polen.

Die Möglichkeiten sorbischer Institutionen, Kontakte zu Partnereinrichtungen außerhalb der DDR herzustellen, wurden gleichfalls durch den Kalten Krieg beeinträchtigt, insbesondere hinsichtlich der deutsch-deutschen Beziehungen. Gegenüber Westdeutschland wurde die Nationalitätenpolitik der DDR als ein Beispiel für die Abkehr von der Nazi-Politik und die Hinwendung zu den Minderheiten im Zeichen einer fortschrittlichen Kulturpolitik in einem sozialistischen Kontext dargestellt. Doch erst ab 1954 erlaubte die DDR-Regierung zwei Delegationen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein, die Stadt Bautzen zu besuchen. Ein offizieller Bericht kommentierte: „Beide Delegationen haben mit großer Verwunderung die demokratischen und kulturellen Freiheiten der sorbischen Minderheit studiert.“¹⁹ Im Gegenzug erlaubte man 1955 einer Delegation der Domowina, eine Einladung nach Flensburg anzunehmen, um die Lage der Dänen in Deutschland zu studieren.

Das Treffen fand vom 19. Februar bis 1. März 1955 statt. Während die Atmosphäre der beiden dänischen Besuche 1954 in Bautzen noch angemessen freundlich war, hatte der Prozess der Integration der beiden deutschen Staaten in ihre jeweiligen Militärblöcke eindeutige Auswirkungen auf den Gegenbesuch in Schleswig-Holstein. Der Leiter der sorbischen Delegation, Bjarnat Nowak, Erster Sekretär der Domowina, empfand die Atmosphäre geradezu als feindselig: „Die Delegation wurde in Flensburg mit kalter Zurückhaltung seitens der dänischen Minderheit empfangen und als Agitatorin der kommunistischen Ostzone betrachtet.“²⁰ Er fand es sehr schwierig, mit dem Generalsekretär der dänischen Nationalbewegung, Dyggesen, eine offizielle Begegnung herbei-

¹⁷ Siehe das Memorandum vom 22. September 1960 von Erwin Jurisch, dem offiziellen Vertreter für sorbische Angelegenheiten im Zentralkomitee der SED, an Klaus Sorgenicht, Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen, worin er ihn über Nalijs Verhaftung informierte. SAPMO-BArch, IV 2/132/385.

¹⁸ Kriminalakte „Gruppe“, BStU, MfS, AOG 294/73.

¹⁹ Diskussion in Berlin zwischen der Domowina und dem Sektor Gesamtfragen vom 3. Februar 1955, SAPMO-BArch, IV 2/13/380.

²⁰ Bericht über die Delegationsreise zu der dänischen und friesischen nationalen Minderheit in Westdeutschland vom 19. Februar – 1. März 1955, SKA D/III, D240–2, S. 2.

zuführen, einem dänischen Vertreter, der sich in Presseäußerungen von jeglichem Kontakt zu den Sorben distanziert hatte. Nowak gelang es schließlich, ein Meeting mit Dyggesen zu arrangieren, der später deutlich machte, dass er unter politischem Druck keine engen Beziehungen herstellen konnte, aber über die FUEV die Verbindung aufrechterhalten wollte, was vom Standpunkt der Domowina jedoch unmöglich war.²¹ Die sorbische Delegation konnte zwar Kontakte mit anderen Vertretern der dänischen Minderheit aufnehmen, doch insgesamt war der Besuch aus der Sicht der Domowina und in Nowaks Gesamturteil negativ: „Die dänische nationale Bewegung ist kleinbürgerlich-nationalistisch und steht vollständig unter dem Einfluss der dänischen Bourgeoisie.“²²

Verbindungen mit der 1949 gegründeten und in Flensburg ansässigen FUEV wurden durch die politischen Gremien der DDR missbilligt, die Domowina bekam keine Erlaubnis zur Mitgliedschaft. Der Sekretär der Föderalistischen Union, Professor Skadegard, brachte in einem Schreiben von 1954 sein Interesse am zweisprachigen Schulsystem in der Lausitz zum Ausdruck, doch die Domowina durfte keine Delegation der FUEV einladen, weil die DDR-Regierung glaubte, diese stünde unter westlichem Einfluss und würde von den Amerikanern finanziell unterstützt. In der liberaleren Atmosphäre Anfang 1956 versuchte es die FUEV erneut. Wiederum erschwerten Probleme mit deutschen Emigrantenorganisationen die Sache: Die Abteilung für auswärtige Angelegenheiten des Zentralkomitees der SED sandte eine Notiz an die für die Sorben zuständige Abteilung mit der Bemerkung: „Bei der FUEV handelt es sich um eine Organisation, die in enger Beziehung zur sogenannten Europabewegung (insbesondere Europarat) steht und die den sozialistischen Staaten im allgemeinen nicht freundlich gesinnt ist. Sie arbeitet eng mit den in Westdeutschland stationierten Emigrantenorganisationen zusammen.“²³ Trotzdem erhielt die Domowina die Erlaubnis, Professor Skadegard nach Bautzen einzuladen. Aber zugleich wurde der sorbischen Organisation mitgeteilt, dass eine Mitgliedschaft in der FUEV so lange nicht in Frage käme, bis diese ihre Haltung gegenüber der DDR ändern würde.²⁴ Nochmals ist daran zu erinnern, dass sich dies vor dem Hintergrund ereignete, als die beiden deutschen Staaten in ihre jeweiligen Militärblocke eingegliedert wurden, in die NATO und den Warschauer Pakt. Die FUEV lud dann die Domowina zum Besuch des folgenden FUEV-Kongresses im Sommer 1956 nach Kärnten ein. Die auswärtige Abteilung hielt es für keine schlechte Idee, wenn Krjeńc daran teilnähme, sie verlangte jedoch von ihm, die Konferenz sofort zu verlassen, falls deutsche Gruppen aus dem Sudetenland beginnen würden, gegen die ČSR zu agitieren.²⁵ Krjeńc kritisierte in seiner Rede auf dem Kongress die Emigrantengruppen, laut seinem Bericht stellte er mit den meisten der teilnehmenden Organisationen nur wenige Kontakte her. Die einzige, mit der sich die Domowina formal traf, war die mit Jugoslawien verbundene linksgerichtete slowenische Gruppe.²⁶ Die Ereignisse in Ungarn vom Oktober 1956 setzten weiteren Verbindungen mit der FUEV und mit Westdeutschland ein Ende. Professor Skadegard gelang noch ein Besuch in Bautzen

²¹ Ebenda, S. 3.

²² Ebenda, S. 5.

²³ Memorandum der Abteilung Außenpolitik an Sorgenicht vom 2. März 1956, SAPMO-BArch, IV 2/13/381.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Memorandum von Krjeńc an Sorgenicht nach dem Treffen mit Peter Florin, dem Vorsitzenden der Abteilung Außenpolitik, datiert vom 4. April 1956, SAPMO-BArch, IV 2/13/381.

²⁶ SAPMO-BArch, IV 2/13/381. Der Bericht stammte vom 29. August 1956.

im Juni 1959, doch der Domowina war danach jeder weitere Kontakt mit der FUEV verwehrt.²⁷

Es gab am Ende der 50er-Jahre einige Besuche in westlichen NATO-Ländern, aber diese wurden hauptsächlich für Geheimdienstzwecke genutzt. Eine walisische Delegation von Bildungsfunktionären besuchte zunächst im April 1958 Bautzen. Der Bericht der Geheimpolizei verrät Genugtuung über die positive Reaktion der Besucher auf das zweisprachige Schulsystem, sie wurden jedoch unter sehr strenger Kontrolle gehalten.²⁸ Zum Gegenbesuch durfte eine sorbische Delegation unter Leitung von Wilhelm Koenen, dem Leiter des Sekretariats der Nationalen Front, und Kurt Krjeńc im Mai 1959 nach Wales reisen, aber wenn man dem Bericht des Domowina-Vorsitzenden glauben darf, so hatte dieser Besuch hauptsächlich die Funktion, zu linksgerichteten, mit der DDR sympathisierenden Parlamentsmitgliedern der Labour Party Kontakte zu knüpfen, etwa mit Ian Mikardo und Konni Zilliacus.²⁹ Eine zweite, größere walisische Delegation besuchte die Lausitz im April 1960, ihr gehörten der Direktor für Bildung und Erziehung aus der Grafschaft Flintshire, Dr. Hadyn Williams, und eine Anzahl von Direktoren zweisprachiger Schulen an. Es gab ein ausführliches Programm mit Besuchen an Schulen und Diskussionen mit Lehrern. Die walisischen Pädagogen zeigten sich kritisch gegenüber dem aus ihrer Sicht übertrieben zentralistischen System in der DDR. Sie kritisierten auch die sorbische Unterrichtssprache in Mathematik, Physik und Chemie.³⁰ Interessanterweise wurde nur ein Jahr später, im Oktober 1962, politisch angeordnet, dass naturwissenschaftliche und technische Fächer in den sorbischen A-Schulen, das heißt in jenen mit Sorbisch als Muttersprache, von nun an in Deutsch gelehrt werden sollten. Ein Hauptpunkt des Besuchs war der Wunsch der walisischen Delegation, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu studieren. Ein Mitglied der Gruppe sagte, er sei in die DDR gekommen mit der Auffassung, dass Religion dort brutal unterdrückt würde: „Heute hätte er sich mit eigenen Augen vom Gegenteil überzeugt und würde allen negativen Diskussionen in England entgegentreten.“ Die Gruppe äußerte sich auch positiv zur Jugendweihe.³¹ Der Bericht erwähnt sogar einige wesentliche Meinungsverschiedenheiten zu politischen Themen, doch insgesamt wollte der Berichterstatter, der sorbische Schulfunktionär Rudolf Schönfeld (Rudij Šejnfeld), der sich um die Delegation kümmerte, den Besuch für das Ministerium des Innern in ein positives Licht rücken, um der Domowina die Ausweitung ihrer Kontakte mit Wales zu ermöglichen. Er war darin insoweit erfolgreich, als die Einladung der walisischen Delegation an fünf sorbische Lehrer zu einem Besuch in Wales von den DDR-Behörden wohlwollend aufgenommen wurde und eine sorbische Delegation die Erlaubnis erhielt, im Juli 1961 nach Wales zu fahren, um dort die Einrichtungen der zweisprachigen Bildung zu besichtigen. Unglücklicherweise wurde die Entwicklung dieser Kontakte durch die politischen Spannungen nach dem Bau der Berliner Mauer erschwert.

Es gab jedoch in den 60er-Jahren einige interessante Besuche. So durfte etwa eine Domowina-Delegation im Oktober 1966 Jugoslawien besuchen, die erste offizielle

²⁷ Siehe Ludwig Elle, Domowina und FUEV in den 1950er Jahren, *Europa Ethnica* 50 (1993) 3, S. 132–135.

²⁸ SAPMO-BArch, IV 2/13/383. Bericht vom 11. April 1958.

²⁹ Bericht über den Besuch in Wales, datiert vom 3. August 1959, SAPMO-BArch, IV/2/13/384.

³⁰ Auswertung des Aufenthalts der Delegation von Waliser Schulfunktionären und Lehrern in der DDR, datiert vom 2. Mai 1960. Ministerium des Innern der DDR, Abt. Sorbenfragen 1947–1990, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12947/881, S. 11.

³¹ Ebenda, S. 12.

Reise seit den späten 40ern. Aber im Allgemeinen waren die auswärtigen Beziehungen ab Mitte der 60er-Jahre von einem wachsenden Unbehagen der DDR-Regierung über die Entwicklungen in der Tschechoslowakei bestimmt. Im Februar 1967 erläuterte der verantwortliche Abteilungsleiter für die Domowina im Zentralkomitee der SED, Klaus Sorgenicht, an sein „Gegenüber“ im Politbüro, Hermann Axen, in einem Memorandum zu den „Auslandsbeziehungen der Domowina“, wie problematisch die Aktivitäten der Domowina für die Außenpolitik waren. Er beginnt damit, dass man der Domowina nicht erlauben sollte, ihre Kontakte mit anderen Ländern auszuweiten. Die Kontakte mit Polen könnten fortgesetzt werden, solange sie unter strikter politischer Kontrolle stünden. Die Kontakte mit der Tschechoslowakei sollten eingeschränkt werden, die Domowina sollte nur Verbindungen zum Národní Muzeum in Prag pflegen, das Material über die Sorben ausstellte. Es dürfte keine weiteren Kontakte mit Jugoslawien geben, auch nicht mit der Schweiz. (Krjeńc hatte 1966 auch die Schweiz besucht.) Dasselbe traf auf die FUEV zu.³² Diese Restriktionen blieben bis in die 70er-Jahre hinein bestehen, obwohl die Situation leichter wurde, nachdem die DDR 1975 das Helsinki-Abkommen unterzeichnet hatte.

Die Restriktionen in den Beziehungen der Domowina zu anderen ethnischen Minderheiten und Organisationen sowohl im westlichen als auch im östlichen Europa zwischen 1948 und 1971 stehen im Widerspruch zur von der SED gewährten Unterstützung der kulturellen Autonomie der Sorben innerhalb der DDR. Dies traf besonders auf die Jahre zwischen 1950 und 1958 zu, als die SED die ethnischen Angelegenheiten auf der Grundlage der in die DDR importierten „leninistischen Nationalitätenpolitik“ ernst nahm und den Aufbau kultureller Institutionen und zweisprachiger Schulen zum zentralen Gegenstand ihrer Politik machte. Doch zur selben Zeit beharrte sie auf dem Primat einer Politik des sozialistischen Umbaus der DDR: mit Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichung der Wirtschaft, Beherrschung aller institutionellen Strukturen durch die SED, ausgenommen die Kirchen. Die zentrale Person in dieser Periode war das Politbüromitglied Fred Oelßner, der für die Politik gegenüber den Sorben zwischen 1951 und 1958 verantwortlich zeichnete, bis er von Ulbricht im Februar 1958 aus dem Politbüro entlassen wurde. Oelßner entwickelte die Strategie einer zweisprachigen Lausitz, doch verhielt er sich gleichzeitig hart gegenüber einem sorbischen Nationalismus, der sich nach seiner Meinung über die politische und ökonomische Linie der SED hinwegsetzte. Die Entwicklung des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz und die Errichtung großer Kraftwerke, etwa Schwarze Pumpe nahe Hoyerswerda, standen im Zentrum des Konflikts zwischen den ethnischen Interessen und der SED-Politik.³³

Nachdem der sorbische Kommunist Krjeńc im Dezember 1950 Nedo an der Spitze der Domowina abgelöst hatte, wurden neue Strukturen hinsichtlich des demokratischen Zentralismus eingeführt und die Domowina erkannte die führende Rolle der SED an. Die Aufgabe der Domowina war eine zweifache: Die SED sah ihren Sinn hauptsächlich darin, die sorbische Bevölkerung für den sozialistischen Aufbau in der DDR zu gewinnen, insbesondere bei der Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft. Während Oelßners Politik gegenüber den Sorben auf eine zwei-

³² Memorandum von Sorgenicht an Hermann Axen vom 6. Februar 1967, SAPMO-BArch, IV A2/13/131, S. 203–204.

³³ Zur detaillierten Diskussion dieser Entwicklungen siehe Edmund Pech, *Die Sorbenpolitik der DDR 1949–1970. Anspruch und Wirklichkeit* (= Schriften des Sorbischen Instituts; 21), Bautzen 1999.

sprachige Entwicklung der Lausitz gerichtet war, hatte die Domowina hauptsächlich den Auftrag, die kulturellen Interessen der Sorben zu fördern.

Ab Mitte der 50er-Jahre jedoch spitzten sich die Widersprüche der SED-Politik durch die Pläne für das riesige Energiekombinat Schwarze Pumpe zu. Braunkohle war die Hauptenergiequelle in der DDR, von 1955 an suchte man die Vorkommen in der mittleren Lausitz, dem sorbischen Gebiet mit dem höchsten Anteil an Braunkohle, auszubeuten. Viele Sorben fanden Arbeit im neuen Kombinat, doch die Mehrheit der Arbeitskräfte rekrutierte man aus anderen Teilen der DDR. Dies bedeutete eine Zuwanderung von deutschen Arbeitern, deren Kinder ebenfalls in zweisprachige Schulen gingen. Die Arbeiter, einschließlich mancher SED-Funktionäre, widersetzten sich dem Zwang zum Sorbischlernen und begannen Protestbriefe an die SED-Führung zu schreiben. Es gab Versuche, im Kombinat nach Möglichkeiten zu suchen, um der sorbischen Sprache ihren Platz zu sichern, aber erneut formierte sich dagegen eine Opposition unter den deutschen Arbeitern und der Parteileitung. Es wurden keine sorbischen Brigaden gebildet, was eine Hauptforderung der Domowina gewesen war. So wurde Deutsch unvermeidlich die Sprache der Arbeiterschaft. Hoyerswerda, bis Mitte der 50er-Jahre mit einer Bevölkerung von 7 700 Menschen, darunter 1 000 Sorben, vergrößerte sich schnell und wurde in den 80ern eine deutsche Stadt mit über 70 000 Einwohnern. Nach 1945, speziell ab Mitte der 50er-Jahre, nahm die Förderung der Braunkohle im Tagebaubetrieb rasch zu. Die Industrialisierung setzte sich während der 60er-Jahre mit dem Bau mehrerer Kraftwerke in der mittleren Lausitz fort. Hier wurde kein Versuch unternommen, die sorbische Sprache und Kultur zu fördern. Auch die Entwicklung neuer Kraftwerke führte zur Beschleunigung des Tagebauprogramms, das die Zerstörung weiterer sorbischer Dörfer bewirkte. Erst in den 80er-Jahren war eine verhaltene Kritik an dieser Politik möglich, vor allem geäußert in literarischen Werken von Schriftstellern wie Jurij Koch und Kito Lorenc. Ende der 80er-Jahre waren über 70 Dörfer gänzlich abgebaggert, ihre Bewohner wurden in Städten wie Cottbus und Weißwasser angesiedelt, was den Assimilationsprozess beschleunigte.³⁴

Im Jahr 1952 verkündete die SED die Politik der landwirtschaftlichen Kollektivierung. Viele Sorben widersetzten sich dieser energisch, weil der Familienbetrieb die einzige wirtschaftliche Einheit war, in der die sorbische Sprache dominierte. Die SED genehmigte keine Bildung von rein sorbischen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Wo die Sorben in einer Genossenschaft in der Mehrzahl waren, wurden Deutsche als Leiter eingesetzt, die verfügten, dass in ihrer Gegenwart nicht Sorbisch gesprochen werden durfte, oder man vereinigte diese LPG mit einer anderen, die einen höheren Anteil an Deutschen aufwies. Im Ergebnis verloren die Sorben die einzige Produktionssphäre, in der Sorbisch die Hauptsprache war. Der Kollektivierungsprozess in der Landwirtschaft wurde 1958 intensiviert, als die SED – mit nur wenigen Ausnahmen wie den Kirchengütern, von denen eines auf sorbischem Gebiet lag – die vollständige Vergenossenschaftlichung beschloss. Diese Phase führte zur größten Entfremdung zwischen den einfachen Sorben und der Domowina, nachdem diese dazu gezwungen worden war, sorbische Bauern zum Eintritt in die Genossenschaften zu bewegen, die sich daraufhin um Hilfe an die Kirchen wandten. In vielen Gebieten existierte die Domowina nicht mehr als eine lebensfähige Organisation. Obwohl sie in den 70er- und 80er-Jahren beim Versuch, ihre Funktion als Verteidigerin sorbischer kultu-

³⁴ Zahlen entnommen aus Frank Förster, *Verschwundene Dörfer. Die Ortsabbrüche des Lausitzer Braunkohlenreviers bis 1993* (= Schriften des Sorbischen Instituts; 8), Bautzen 1995, S. 18–19.

reller Interessen wiederzugewinnen, einige Mitglieder zurückholen konnte und in den späten 80ern sogar in einen Dialog mit beiden christlichen Kirchen trat, wurde sie in der DDR das Image als „rote Domowina“ nicht mehr los. In dieser Zeit verlor sie ihre Stellung als Hauptrepräsentantin sorbischer kultureller Interessen. Sie musste die Rolle als Vermittlerin der SED-Politik an die Sorben übernehmen und wurde daher als Verräterin sorbischer Interessen betrachtet. Mitte der 50er-Jahre hatten viele Kirchenmitglieder die Domowina verlassen, darunter eine Anzahl von Geistlichen mit Funktionen in der Organisation, die offen gegen sozialistische Maßnahmen wie die Kollektivierung predigten, speziell in den katholischen Gebieten nordwestlich von Bautzen, wo das Sorbische am besten erhalten war.

Zwischen 1958 und 1971 wurde der Sieg der staatlichen Politik über die Volkstumspolitik durch fortwährende Untergrabung der „Nationalitätenpolitik“ offenkundig, wobei ursprüngliche Richtlinien zur Unterstützung sorbischer kultureller Interessen durch restriktive Maßnahmen ersetzt wurden. Nach 1958 wurde der Slogan „Die Lausitz wird zweisprachig“ offiziell für falsch erklärt. Oelßner war von Ulbricht aus dem Politbüro entfernt worden, die sorbischen Interessen innerhalb des politischen Systems wurden nun durch einen Funktionär des Innenministeriums repräsentiert, was einer Demontage dieses Bereichs gleichkam. Die Domowina wurde angewiesen, sich auf ihren politischen und gesellschaftlichen Auftrag zu konzentrieren. Jegliche Versuche, sorbische sprachliche und kulturelle Interessen zu fördern, wurden als „Nationalismus“ gebrandmarkt.

In den 60er-Jahren schwächten mehrere Maßnahmen in der Bildungspolitik die Position des Sorbischen an den Schulen. 1962 wurde der Gebrauch der sorbischen Sprache an den A-Schulen, wo das Sorbische die Muttersprache der meisten Schüler war und die meisten Fächer in Sorbisch unterrichtet wurden, eingeschränkt. Von da an wurden alle naturwissenschaftlich-technischen Fächer in Deutsch unterrichtet, Sorbisch blieb auf die Geisteswissenschaften beschränkt. 1964 wurde angeordnet, dass das Sorbische an den B-Schulen, wo es für die meisten Schüler Zweitsprache war und auch als Zweitsprache gelehrt wurde, sowohl für sorbische wie für deutsche Schüler fakultativ sein sollte. Tatsächlich gab es hinsichtlich dieser Politik zwischen den verschiedenen Regionen große Unterschiede: In Bautzen etwa war Sorbisch für sorbische wie für deutsche Schüler Pflichtfach, in anderen Gegenden gab es weniger Druck auf deutsche Schüler. Das Resultat dieser Maßnahme war ein massiver Rückgang der Sorbisch lernenden Schüler: Von 12 800 im Jahr 1962 und 3 200 im Jahr 1964 fiel ihre Zahl bis unter 3 000 am Ende der 60er, doch stieg sie in den 80er-Jahren wieder über auf 6 000 an. Die Zahl der Schüler, die am Sorbischunterricht der A-Schulen teilnahmen, blieb relativ konstant; der größte Rückgang war an den B-Schulen zu verzeichnen.³⁵ Als Erich Honecker 1971 Erster Sekretär des ZK der SED wurde, war die Politik gegenüber den Sorben zu einer leeren Wiederholung politischer Slogans verkommen.

Die Entwicklung der sorbischen Minderheit in dieser Periode ist ein klares Beispiel für den Konflikt zwischen der internationalen, nationalen und lokalen Politik gegenüber dem Ethnikum. Das Ergebnis war eine kontinuierliche Assimilation trotz Begründung eines Netzwerks von eigenen Institutionen der Sorben seit 1948. Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsbehörden begann die SED in den späten 40er- und frühen 50er-Jahren, die sorbische Kultur und Sprache durch Schaffung verschiedener kultureller und

³⁵ Siehe die Tabellen von Peter Barker, *Slavs in Germany. The Sorbian Minority and the German State since 1945*, Lewiston/Queenston/Lampeter 2000, S. 87 und 108.

wissenschaftlicher Einrichtungen zu unterstützen. Hilfe kam in der frühen Phase bis 1948 auch von den slawischen Nachbarländern, insbesondere aus der Tschechoslowakei und aus Jugoslawien. Doch mit der Sowjetisierung der DDR in den 50er-Jahren und dem Kalten Krieg wurde die Betonung sorbischer kultureller Interessen als „Nationalismus“ oder sogar als „Titoismus“ üblich. Minderheitenpolitik war der Innen- und Außenpolitik unterworfen und die sorbische Führung musste dies akzeptieren oder die Konsequenzen tragen. Deshalb war die SED mit ihrer Betonung des Primats sozialistischer Politik mit verantwortlich für die weitere Assimilation der sorbischen Bevölkerung. Zwischen 1945 und 1990 hat sich die sorbisch sprechende Bevölkerung in der Lausitz nahezu halbiert. Es gibt keine genauen Zahlen darüber, weil die SED weder eine Veröffentlichung noch eine Neuauflage des demografischen Überblicks von Ernst Tschernik aus den Jahren 1955/56 genehmigte, denn dieser Überblick enthüllte, dass die sorbische Bevölkerung auf 80 000 Personen gesunken war, das heißt unter die Zahl von 100 000, wie sie von der SED noch bis 1989 behauptet wurde.³⁶ Die anhaltende Assimilation war ein unvermeidliches Ergebnis der „Modernisierung“ der Wirtschaft und der sozialen Strukturen, vor allem der Entwicklung von einer überwiegend ländlichen zu einer städtischen oder halbstädtischen Bevölkerung. Die Assimilation hat sich jedoch seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 weiter beschleunigt; jetzt wurden Zahlen von sorbisch Sprechenden zwischen 40 000 und 60 000 veröffentlicht. Der Minderheitenforscher Ludwig Elle vom Sorbischen Institut hat die gegenwärtigen Schätzungen unlängst zusammengefasst und auf eine Zahl von rund 25 000 aktiven Sorbischsprechern veranschlagt; er betont jedoch, dass diese Angabe weder die Gesamtzahl der Menschen mit sorbischer Sprachkompetenz noch die Anzahl aller Sorben betreffe.³⁷

Die sorbische Führung war angesichts der politischen Kräfteverhältnisse in der DDR nicht in der Lage, diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Die einzigen Strukturen, die eine spürbare Unterstützung gewähren konnten, waren die Kirchen, insbesondere die katholische Kirche, bei der sich die sorbische Identität mit der religiösen Überzeugung deckte. Hier fand die Landbevölkerung ihre innere Stärkung, wenn die Domowina gezwungen war, dem Druck der Nationalitätenpolitik zu weichen, welche bei aller Rhetorik nicht immer nur sorbische Interessen im Auge hatte. Obwohl die Sorben aus der Unterstützung durch die Sowjets und die SED auf der institutionellen Ebene konkreten Nutzen zogen, wurden ihre ethnisch-nationalen Bestrebungen den politischen und wirtschaftlichen Zielen der SED untergeordnet. Außerdem konnten sie sich dem politischen Einfluss des Kalten Kriegs nicht entziehen, was zur Folge hatte, dass die äußeren Aktivitäten der Domowina, insbesondere auf der Ebene der deutsch-deutschen Beziehungen, eingebunden waren in die Konflikte der Supermächte. Zur selben Zeit wurde ein Hauptbestandteil der sorbischen Identität, die Religion, an den Rand gedrängt und durch politische Strukturen ersetzt, die von einem Großteil der Sorben abgelehnt wurden.

Aus dem Englischen von Karl-Heinz Magister

³⁶ Ernst Tschernik, Ausführlicher Abschlussbericht: Die gegenwärtigen demographischen, volkswissenschaftlichen und sprachlichen Verhältnisse in der zweisprachigen sorbischen Lausitz, SKA XXXII, 22D.

³⁷ Ludwig Elle, „Sorben – demografische und statistische Aspekte“, unveröffentlichtes Manuskript, verfasst als Antwort auf eine Anfrage des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen, 3. März 2009.